



Dr. Matthias Miersch
Mitglied des Deutschen Bundestages
Umweltpolitischer Sprecher
der SPD-Bundestagsfraktion

Dr. Matthias Miersch, MdB · Odeonstr. 15/16 30159 Hannover

Deutscher Bundestag

Paul-Löbe-Haus
11011 Berlin
Ansprechpartner: Lars Drebold, Birgit Heine,
Kathrin Kortmann
Tel: (030) 227 – 71111
Fax: (030) 227 – 76099
Email: matthias.miersch@bundestag.de

Wahlkreis

Kurt-Schumacher-Haus
Odeonstr. 15/16
30159 Hannover
Ansprechpartnerinnen:
Heidrun Hellemann, Frauke Meyer-Grosu
Tel: (05 11) 16 74 303 (9:00 - 14:00 Uhr)
Fax: (05 11) 92 03 190
Email: matthias.miersch.wk@bundestag.de

www.matthias-miersch.de

Berlin, im Oktober 2015

**Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,
liebe Genossinnen und Genossen,**

die Diskussion über das Thema Flüchtlinge läuft stärker denn je. In der vergangenen Woche habe ich viele Orte im Wahlkreis besucht und mich eng mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern zu diesem Thema abgestimmt. Zudem gab es in dieser Sitzungswoche wieder wichtige Entscheidungen des Bundestages, so dass ich in einer neuen Persönlichen Erklärung meine Sicht schildern möchte: Zunächst möchte ich mich aber erneut bei allen Helferinnen und Helfern bedanken, die aktuell vor Ort in den Verwaltungen, in den Vereinen und Verbänden oder auch durch eigenes Engagement Solidarität leben. Ich bin mir meiner Verpflichtung sehr bewusst, für all diese Menschen nun hier in Berlin zu wirken und die Bundesregierung zu verpflichten, effektive Hilfe zu leisten und Lösungen zu finden.

1. Gesetzespaket zur Flüchtlingspolitik

Gestern hat der Deutsche Bundestag ein umfangreiches Paket zur Flüchtlingspolitik beschlossen. Zeitgleich war ich jedoch auf der Trauerfeier für den früheren hannoverschen Bürgermeister Bernd Strauch, so dass ich mich für die Abstimmung entschuldigen musste. Ich hätte dem Paket aber zugestimmt. Es enthält zunächst wichtige Finanzentscheidungen zugunsten der Kommunen. Jetzt müssen die Länder, die für die Verteilung zuständig sind, diese Gelder auch tatsächlich weiterreichen. Darüber hinaus gibt es Maßnahmen zur Verfahrensbeschleunigung und zur schnelleren Integration für die Flüchtlinge, die eine Bleiberechtigungsprospektive haben.

Umstritten waren vor allem die Einstufung der Länder Kosovo, Albanien und Montenegro als sichere Herkunftsstaaten, die Möglichkeit von Sach-



Dr. Matthias Miersch

Mitglied des Deutschen Bundestages

anstelle von Geldleistungen und die künftige Nichtankündigung von Abschiebungen. Es muss darauf hingewiesen werden, dass trotz der Einstufung eines Landes als sicherer Herkunftsstaat ein Asylverfahren nicht ausgeschlossen ist, wenngleich die Beweisnotwendigkeiten einer Verfolgung höher sind. Gleichzeitig werden die Länder Spielräume bei der Frage der Gewährung von Sachleistungen haben, so dass hier angemessene Lösungen gefunden werden können. Schließlich gehen einer Abschiebung eine negative Bescheidung und eine Ausreiseaufforderung voraus, so dass auch bezüglich dieses Kritikpunktes angemessene Lösungen vor Ort gefunden werden können, wenn es z.B. um eine Familie mit kleinen Kindern geht. Insgesamt halte ich daher das Paket für notwendig und zielführend. Es schützt die, die Schutz brauchen und fordert die zur Rückkehr auf, die aus anderen Gründen nach Deutschland gekommen sind. Dass ich mir in diesem Zusammenhang eine Debatte über „Stichtagsregelungen“ für Menschen wünsche, die seit langer Zeit in Deutschland leben und integriert sind, möchte ich betonen.

Wichtig ist, dass die Maßnahmen nun auch umgesetzt werden. Hier habe ich ernste Zweifel, ob vor allem der Bundesinnenminister die Herausforderungen bislang wirklich begriffen hat. Statt populistische Aussagen zu treffen, muss er vor allem seine Hausaufgaben machen, wie wir Parlamentarier das seit Monaten anmahnen. Ich halte auch den Ausspruch der Kanzlerin „Wir schaffen das“ nicht für ausreichend. Vielmehr muss es um weitergehende und nachhaltigere Maßnahmen des Bundes für die Kommunen gehen, wenn es z.B. um Bildung, Spracherwerb und Gesundheitsversorgung geht. Hier muss das Kooperationsverbot fallen, das dem Bund verbietet, den Ländern für Bildung Geld zur Verfügung zu stellen. Es muss jetzt „geklotzt und nicht gekleckert“ werden. Wer jetzt notwendige Investitionen unterlässt, wird viel höhere Folgekosten produzieren. Gleichzeitig müssen wir endlich die Situation in den Flüchtlingslagern außerhalb Europas verbessern und durch Aufklärungskampagnen – wie bspw. auf dem Westbalkan – die Menschen von der Flucht aus wirtschaftlichen Gründen abhalten. Im Kosovo zeigen diese Kampagnen klar greifbare Erfolge. Darüber hinaus muss endlich auch Europa die aktuellen Herausforderungen anerkennen und bewältigen. Es kann nicht sein, dass die Staatschefs nächtelang im Rahmen der Griechenlandkrise verhandeln, während man nun nur sehr zögernd weiterkommt. Ich bin mir sicher, dass die Lösungsansätze auf diesen Feldern liegen!



Dr. Matthias Miersch
Mitglied des Deutschen Bundestages

Das Thema wird uns auf allen politischen Ebenen weiter beschäftigen. Vor zwei Wochen hatten wir ein erstes gutes Treffen auf Unterbezirksebene. Deshalb haben wir im SPD-Unterbezirksvorstand beschlossen, regelmäßig, jeweils am ersten Montag des Monats, eine Zusammenkunft zwischen Ehrenamtlichen, Mandatsträgern und Vertretern der Exekutiven zu organisieren, um sich auszutauschen und Verbesserungspotential zu heben. Wer zu diesen Treffen eingeladen werden möchte, kann sowohl meinem Büro in Hannover als auch dem UB-Büro einfach einen kurzen Hinweis geben.

2. Vorratsdatenspeicherung

Heute stand auch das Thema Vorratsdatenspeicherung auf der Tagesordnung. Ich habe in den vorangegangenen Persönlichen Erklärungen mehrfach meine kritische Haltung gegenüber diesem Thema dargelegt. Ich halte die anlasslose Speicherpflicht für einen Paradigmenwechsel, der nicht vertretbar ist. Es wird eine Tür aufgestoßen, die wir möglicherweise nicht mehr geschlossen bekommen. Dies geschieht in einer Zeit, in der an sich eine Debatte über den Schutz von Daten dringend angezeigt ist. Die Nachrichtendienste müssen national und international in ihrem Vorgehen auf den Prüfstand gestellt werden. Darüber hinaus hat die Europäische Kommission bereits Zweifel am nun beschlossenen Gesetz geäußert. Als Parlamentarier haben wir die Pflicht, nicht immer wieder das Verfassungsgericht mit der Einhaltung oder Erstellung verfassungsrechtlicher Grenzen zu beauftragen. Ich halte das Gesetz mit dem Grundgesetz für nicht vereinbar, so dass ich heute dagegen gestimmt habe.

Soviel wieder als Darlegung meiner persönlichen Sichtweise. Ich freue mich über Anmerkungen und Anregungen.

Herzliche Grüße!

Ihr/Euer Matthias Miersch